17 Privatisierung

Werner Rügemer

Privatisierung ist ein konstitutives Element der «Globalisierung». Zum einen handelt es sich um die Rückeroberung verlorenen Terrains: Nicht nur der Sozialismus hatte seit dem Ersten Weltkrieg der profitablen Kapitalverwertung bestimmte Grenzen gesetzt; im Reformkapitalismus wurden die Verstaatlichungen (Bahn, Luftfahrt, Gesundheit usw.) und staatlichen Regulierungen (USA: New Deal, Kartellrecht, Börsenaufsicht, Mitbestimmung usw.) ebenfalls als Eingriff in die unternehmerische Freiheit empfunden. Zum anderen hatte die staatliche und kommunale Daseinsvorsorge Leistungsbereiche erschlossen, die für Millionen Bürger lebensnotwendig wurden (Wasser, Abwasser, Elektrizität, Nahverkehr usw.), brachte aber keinen Profit, sollte ja auch keinen Profit bringen. Diese Leistungsbereiche nun aber endlich der Kapitalverwertung zu unterwerfen, verspricht einen sicheren Profit, wie er in der krisengeschüttelten, globalen Wirtschaft sonst kaum so dauerhaft möglich ist (Rügemer 2006).

Die gegenwärtige Globalisierung stellt also eine Gegenbewegung, ja eine Gegenreform dar, eine Rückeroberung verlorenen Terrains, eine globale *Reconquista*. Bei dieser Gelegenheit werden zugleich neue Terrains entdeckt, die es mitzuerobern lohnt, notfalls mit militärischer Gewalt (siehe den Beitrag «Enteignung»). Wie bei der Reconquista nehmen die Akteure Kollateralschäden jeder Art in Kauf. Das Ziel heiligt die Mittel. Das eroberte Terrain bleibt notfalls als Wüste, jedenfalls als Sonderwirtschaftszone zweiter Klasse zurück, die Mehrheit der Einwohner wird mit neuen Abgaben und Lasten überzogen, während die Profite höher sind oder sein sollen als im bisherigen Kapitalismus.

«Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren», hieß es in § 1 des Treuhandgesetzes, mit dem im Juni 1990 die Treuhandanstalt Eigentümerin des DDR-Vermögens wurde. Unter der Hand und am Gesetz vorbei kam eine neue Akteursgruppe an die Schaltstellen: Die Berater. Vertreter von *McKinsey* und *Roland Berger* sowie der Wirtschaftsprüfer *KPMG* und *Price Waterhouse Coopers* (PWC) bildeten den Leitungsausschuss der Treuhand. Sie zogen mit politischer Hilfe die großen Projekte an sich, schalteten den Wettbewerb aus und bedienten ihre langjährigen Mandanten (Rügemer 2004). So gingen die wichtigsten Handelsketten, Energieunternehmen, Zeitungen, Versicherungen und Banken an die größten Unternehmen derselben Branchen

aus dem Westen. Die größten Energiekonzerne rafften sich die Strom- und Gasversorgung und die Braunkohle. So verschaffte die Treuhand auch den Investmentbanken den Eintritt in Deutschland. Vor allem US-Banken wie *Goldman Sachs, Morgan Stanley* und *J.P. Morgan* arrangierten die großen Privatisierungen, z.B. des Leuna-Kombinats (Kollhausen 2005, 78).

So wurde verkauft um jeden Preis, nämlich zu «negativen Verkaufspreisen»: Häufig wurden Betriebe für eine symbolische Mark verkauft, und die Treuhand gab Zuschüsse, zahlte einen «Verlustausgleich», übernahm die Schulden und die Abfindungen. Es wurden auch Betriebe aufgekauft, um sie still zu legen. Manchen Experten fiel dieses «an sich» marktwidrige Vorgehen auf: «Was juristisch noch als Verkauf bezeichnet werden mag, ist ökonomisch ein Geschenk» (Sinn / Sinn 1993, 107 f.).

Mitarbeiter von *Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, VEBA, PreußenElektra, ARAG, IBM, Siemens, Hoesch, Kaufhof, Tschibo, Reemtsma* wurden Mitarbeiter der Treuhand. Etwa 300 von ihnen blieben als «Leihmanager» bei ihren Unternehmen angestellt (Kohlhausen 2005, 73). Korruption wurde als Kavaliersdelikt betrachtet (Rügemer 1996, 27). Das Finanzministerium unter Theodor Waigel (CSU) stellte die leitenden Angestellten «auch bei grober Fahrlässigkeit» von Haftungen frei. Investoren galten unbesehen als Heilsbringer. Glaubwürdigkeitsprüfungen unterblieben. Es entstand ein rechtsfreier Raum. In ihm konnte sich die neoliberale Praxis so selbstverständlich entfalten, als hätten die Akteure nie etwas anderes getan. So wurden die neuen Bundesländer zu einer Region der «verlängerten Werkbänke». Sie haben keine eigene Forschung und Entwicklung, keine Verkaufs-, Beschaffungs-, EDV- und Acquisitionsabteilung (mehr). Damit sind ihnen Voraussetzungen unternehmerischer Selbständigkeit genommen (Windolf 1999, 63). Somit wurde nicht die Marktwirtschaft etabliert, sondern es wurde eine Sonderwirtschaftszone für global players subventioniert.

Aus dem anfangs geschätzten Wert aller DDR-Betriebe von 600 Mrd. DM wurden nach der Privatisierung 256 Milliarden DM Schulden (BvS 1995). Sie wurden in den Bundeshaushalt übernommen. Nach der Beendigung der Treuhand 1994 bauten unter ähnlichen Bedingungen *VW, Opel, General Motors, Siemens, BMW, Porsche, Bombardier* usw. billige «Werkbänke». Nicht die Treuhand zahlt seitdem die Zuschüsse für Neugründungen, sondern die Bundesregierung, die jeweilige Landesregierung und die Europäische Union. Dies gilt auch für gegenwärtige

Investitionen wie das neue Chipwerk von *AMD* in Dresden: Der Investor bringt nur ein Drittel der Investition auf und hat bereits angekündigt, dass er nach einem Jahrzehnt das Werk in ein anderes Land verlagern wird, wenn ihm dort bessere Bedingungen gestellt werden (Rügemer 2004a).

Zuschüsse, Fördergelder, Investitionsbeihilfen, Sanierungsbeihilfen, Konsolidierungshilfen, Steuerbefreiungen, subventionierte Grundstücke – die offenen und vor allem die verdeckten Profit-Subventionen haben viele Namen.

1994 kaufte die «Vertriebs- und Konzeptionsgesellschaft für Immobilien- und Fondsanlagen GmbH» (VIA, Dortmund) die Wasser- und Abwasseranlagen des Zweckverbandes Beilrode-Arzberg bei Torgau in Sachsen. Der Investor VIA, verbunden mit RWE, sollte die Anlagen gegen Entgelt betreiben (Rügemer 2006). VIA hatte bei 441 Anlegern (Professoren, Unternehmern, Steuerberatern, Zahnärzten usw.) 20 Millionen Euro eingeworben und versprach ihnen bei einem Kapitaleinsatz von 100.000 Euro während der 20 Jahre Laufzeit einen Mittelrückfluss von 460.000 Euro. Die Rendite setzt sich zusammen aus Steuerabschreibungen, Gewinnausschüttungen und einer Leibrente. VIA selbst kassiert eine Provision von 15 Prozent. Die Anlagen sind allerdings auf einen illusionären Wasserverbrauch hin zu groß gebaut. Der Zweckverband hat deshalb zu geringe Einnahmen und kann dem Investor die Betreiberentgelte nicht bezahlen, eigentlich. Damit ist auch der Anlegerfonds pleite, eigentlich. Aber die sächsische Staatsregierung organisiert Konkursverschleppung. Sie brachte inzwischen etwa 20 Millionen Euro an «Konsolidierungshilfen» auf. Dafür muss der Zweckverband die Preise für Wasser und Abwasser sowie die Grundgebühr pro Anschluss laufend erhöhen. Das Wasser kostet schon jetzt 4,17 Euro pro Kubikmeter, beim der Abwasser sind es 7,28 Euro. Auch diese Preise sind längst nicht kostendeckend. Weiter müssen die Mitgliedsgemeinden des Zweckverbands pro Einwohner und Jahr eine zusätzliche Umlage von 25 Euro aufbringen, ab 2007 sind es 50 Euro. Die Zuschüsse für Jugendclubs und Vereine aller 12 Gemeinden und Ortsteile sind auf 5.000 Euro jährlich eingefroren. Von den Einwohnern werden Anschlussgebühren von bis zu 50.000 Euro pro Haus verlangt – auch wenn das Haus selbst nur einen Marktwert von 30.000 Euro hat. Die Einwohnerzahl fiel von 8.100 auf jetzt 7.400. Unternehmen wandern ab. Diese Privatisierung zeigt beispielhaft, dass ein wesentlicher Teil der «Transferleistungen für den Osten» im

Osten nur eine Schleife zieht und bei den 441 «Investoren», bei VIA und RWE landet. Die Investoren haben sich nie vor Ort sehen lassen, die Heilsbringer verharren in machtgeschützter Anonymität.

Die 1995 aus der Deutschen Bundespost ausgegründete *Deutsche Post AG* wurde 2000 an die Börse gebracht. Der Vorstandsvorsitzende Klaus Zumwinkel, von *McKinsey* kommend, baut das Unternehmen um. So wurden zwischen 2001 und 2003 die ausgewiesenen Gehälter der Vorstandsmitglieder von 5,8 Millionen auf 9,925 Millionen fast verdoppelt. Im selben Zeitraum wurde die Zahl der Beschäftigten durch Unternehmensaufkäufe von 321.000 auf 383.000 erweitert. Die für sie insgesamt entrichteten Sozialabgaben sanken aber von 2,67 Mrd. auf 2,4 Mrd. Euro. Zahlreiche Vollzeitarbeitskräfte werden durch Leiharbeiter, Teilzeitjobber, Niedriglöhner, outgesourcte Ich-AGs und Saisonkräfte ersetzt. Gleichzeitig wird die internationale Expansion vorangetrieben. Konkurrenten wie *Danzas* (Schweiz/Frankreich) und *DHL* (USA) wurden aufgekauft. Die *Post AG* kaufte sich in ebenfalls privatisierte chinesische, britische, österreichische usw. Postgesellschaften ein. Die Qualität der Postdienstleistungen hat sich für die Kleinkunden verschlechtert, während für umworbene Großkunden Rabatte gewährt werden. Im Massengeschäft werden wachsende Verluste von Sendungen als unvermeidbar hingenommen («Briefe im Weiher», *Der Spiegel* 21/2005, 58).

1993 wurde die Bundesbahn zunächst in die *Bahn AG* umgewandelt, die bis heute zu 100 Prozent im Besitz des Bundes ist. Gefördert wird in Konkurrenz mit dem Flugzeug der schnelle Verkehr zwischen den großen Städten. Lag die Bahnhofsdichte 1966 in Westdeutschland noch bei 4,1 Kilometern, so findet sich im Jahr 2004 entlang des drastisch gekürzten Schienennetzes nur noch alle 7 Kilometer ein Bahnhof (Engartner 2005, 916). Seit der Privatisierung geht der Schienenverkehr zurück, die Fahrpreise steigen. Die Tatsache, dass der Staat Alleineigentümer ist, hindert das Unternehmen nicht daran, das volle neoliberale Programm durchzuziehen.

In ähnlicher Weise ist auch für die *Telekom AG* zu bilanzieren. Die neoliberalen essentials – internationale Expansion, internationale Aktionärsstruktur, Reduzierung des Personals, höhere Bezahlung der Manager, niedrigere Bezahlung der sonstigen Beschäftigten, Zuschüsse vom Staat (siehe den Beitrag «Neoliberalismus») – waren und sind auch bei der Telekom

nicht an die Rechtsform gebunden. Obwohl die privatisierten Unternehmen *Post*, *Bahn* und *Telekom* das gesamte Vermögen der Bundespost erhielten, nimmt ihnen der Staat die Pensionen und Beihilfen ab. So werden aus dem Bundeshaushalt für 227.000 frühere und häufig frühverrentete Beschäftigte (und deren Hinterbliebene) der Bundespost im Jahre 2005 Versorgungszahlungen von 5,5 Mrd. Euro fällig. 2034 erreichen sie mit 13 Mrd. vermutlich ihren Scheitelpunkt. Bis 2090 werden sie sich etwa, nach heutigem Stand, auf 555 Mrd. Euro aufsummieren (siehe den «Report Mainz» in der ARD am 24.6.2002).

Die Privatisierer hatten versprochen, dass die Pensionslasten durch spätere Aktienverkäufe gedeckt würden. Davon ist nicht mehr die Rede. Die letzten Aktien der Post und der Telekom, die 2005 verkauft wurden, brachten fünf Mrd. Euro ein («Die Post wird vollständig privatisiert», *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.7.2005). Sie sollen zudem wie die vorherigen Verkäufe die Neuverschuldung des Bundeshaushalts begrenzen. Die private Seite kennt dagegen Gewinner. Die Vorstandsmitglieder, einschließlich des mit einem «goldenen Handschlag» ausgeschiedenen Telekom-Vorstandsvorsitzenden Ron Sommer, und die Topmanager verdienen mehr als frühere Postminister. Die Organisatoren der Börsengänge – *Deutsche Bank*, *Dresdner Bank*, *Goldman Sachs*, *UBS* – verdienten bis zum Verkauf der Restaktien des Bundes mehr als eine Milliarde («Banken winken weiterhin hohe Provisionen aus Privatisierung», im *Handelsblatt* vom 20.6.2005).

Die Ratingagenturen *Moody's* und *Standard & Poor's* verlangen für die Kreditfähigkeit der Bundesrepublik die «Strukturreform» der Sozialsysteme, die «Senkung der Lohnnebenkosten» und eine «stärkere Differenzierung der Löhne», wenn das bisherige Rating «Triple A» beibehalten werden soll («Moody's bestätigt Deutschland Triple A-Rating», in: *Die Welt* vom 29.9.2005; vgl. *KfW-Research* 4/2002, 5 f.). Das zeigt, dass Privatisierung nicht zuletzt von den Interessen derer getrieben ist, die an der Staatsverschuldung verdienen.

Löhne und Gehälter sowie Ausgaben für soziale Sicherung und Gesundheit werden unter dieser Perspektive als «Kosten» betrachtet, die natürlich immer zu noch sind. Beitragsanteile, die bisher im Reformkapitalismus von den Unternehmen in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wurden, können seit der «*Rentenreform* 2000/2001» von den Lohn- und Gehaltsempfängern in eine private Versicherung eingezahlt werden. Dies

ist aber gerade für diejenigen keine Hilfe, die eine solche am dringendsten brauchen. Wer wenig verdient oder nur Einkünfte zum unmittelbaren Überleben hat, kann kaum nennenswerte Beträge in eine zusätzliche Versicherung einzahlen, und die steuerliche Anrechenbarkeit der Beiträge nützt nichts. Die steuerliche Förderung bedeutet zugleich einen weiteren Dauerverlust für den Staat.

Nach dem Vorbild der Rentenreform müssen die Versicherten auch bei der *Gesundheitsreform* mit dem Hinweis auf «Selbstverantwortung» und «Eigenbeteiligung» (siehe den Artikel «Bürgerlichkeit») verschiedene private Zuzahlungen leisten. Die verkündeten Senkungen der Beitragssätze in der Krankenversicherung erweisen sich für die Versicherten als Etikettenschwindel: die Eigenbeteiligungen bei Medikamenten und bestimmten Behandlungen, der Sonderbeitrag für Zahnersatz sowie die Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal usw. summieren sich auf einen viel höheren Betrag als die Beitragssenkungen.

Als Begründung für diese «Reformen» dient der «demografische Wandel». Freilich wird dabei eine parallele Entwicklung ausgeblendet: gleichzeitig steigen nämlich die Arbeitsproduktivität und der in der Gesellschaft vorhandene Reichtum, und zwar noch schneller als sich die Alterung der Gesellschaft vollzieht. Die Folgen des demografischen Wandels werden damit also, volkswirtschaftlich gesehen, mehr als kompensiert. Die «Reform» erweist sich als ein Element der verschärften Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsertrags zugunsten der Unternehmer, Versicherer und sonstigen Kapitalakteure (Butterwege 2005, 210).

Öffentliche Leistungen, die nach bisheriger Gesetzeslage ohne Gewinn erbracht werden, sind für die Privatisierer ein besonderes Objekt der Begierde. Auf den Autobahnen wurde eine Maut für Lastkraftwagen eingeführt («Toll Collect»). Die wesentlichen Teile des Vertrags zwischen Staat und dem Konsortium aus *Telekom*, *DaimlerChrysler* und *cofiroute/Vinci* bleiben selbst den Abgeordneten des Bundestages unbekannt. Eine öffentliche Ausschreibung fand nicht statt. Der Vertrag wurde in der Schweiz abgeschlossen, weil in der Finanzoase nicht die Verträglichkeit mit nationalem und internationalem Recht geprüft wird. Die Verwertungsrechte nach Auslaufen des Vertrags 2012 liegen einseitig auf der privaten Seite (Rügemer 2004b, 415 ff.). Die Privatisierer wollen weitergehen: privat

gebaute Straßen und Tunnels sollen ihnen zu Mauteinnahmen verhelfen, die sie dann nicht mehr mit dem Staat teilen.

Einige Bundesländer haben *Studiengebühren* eingeführt. Die neugewählte CDU/FDP-Landesregierung von NRW beschloss 2005 aber gleichzeitig, die Eigenbeteiligung der vor allem kirchlichen Privatschulen herabzusetzen. So erhalten die 422 Privatschulen des Bundeslandes trotz eines «rigorosen Sparprogramms» schon für das Restjahr 2005 zusätzliche Zuschüsse («NRW: Vorstellung des Nachtragshaushalts mit höheren Schulden», im *Kölner StadtAnzeiger* vom 22.9.2005). Das ist nur scheinbar ein Widerspruch: Privatisierung bedeutet, das schon privilegierte Milieu und dessen Fußtruppen zu stärken und die soziale Auslese voranzutreiben.

Regionale Strommonopolisten gründeten gemeinsam mit Kommunen privatrechtliche Abfallgesellschaften (Rügemer 2003, 11 ff.). Meistens haben die Kommunen eine 51-Prozent-Mehrheit, aber die privaten Teilhaber haben das Heft in der Hand: Sie bestimmen die Geschäftsführer, sie bedingen sich Kontingentverträge für Strom- und Gaslieferung, Mülltransporte usw. aus und bestimmen durch die ihnen garantierten Gewinne die Abfallgebühren.

Eine weitere Form der Privatisierung ist das «Cross Border Leasing». Seit 1994 haben große Städte Straßenbahnen, Schienennetze, Messehallen, Kanalisationen, Kraftwerke usw. an US-Investoren für 99 Jahre verkauft und mieten sie seitdem zurück. Die Städte erhalten einen «Barwertvorteil», während die Investoren die Anlagen steuerbegünstigt abschreiben. Nach etwa 25 Jahren können die Städte den Vertrag kündigen oder in einen Dienstleistungsvertrag einsteigen, der für die restlichen gut 60 Jahre der Laufzeit dem Investor das Betreiben der Anlagen nach Renditekriterien erlaubt. Diese Privatisierung im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts schwebt als Möglichkeit über dem kommunalen Eigentum (Rügemer 2005).

Eine verbreitete Form, die gegenwärtig mit dem Begriff «Public Private Partnership» identifiziert wird, ist die Beauftragung eines privaten Investors: Er errichtet oder saniert städtische Gebäude, die Kommune mietet sie für 20 oder 30 Jahre an. Gut dokumentierte Projekte wie die KölnArena (Rügemer 2003, 30 ff.), die Kölner Messehallen (Rügemer 2005a), das Rathaus von Gelsenkirchen (Rügemer 2005b) und Frankfurter Bildungszentren (siehe die *Frankfurter Lehrerzeitung* vom März 2005) zeigen, wie die erheblichen «Softkosten» des

Investors (für Berater, Finanzierungsvermittlung, Projektentwicklung usw.) und ihm gewährten Freiheiten die Kosten für die Kommune – im Vergleich zu einer direkten Erledigung – verdoppeln können. Die jahrzehntelangen Mietverpflichtungen kommen verdeckten Krediten gleich. Hinzu kommen Steuerausfälle für den Staat, da die für die Finanzierung der Projekte aufgelegten Fonds Verlustzuweisungen organisieren (Donnerstagskreis 2005).

Im Kleingedruckten der Verträge können es die Investoren seit der Treuhand und wie bei der Post durchsetzen, dass der Staat für Verluste aufkommt bzw. Gewinne garantiert. Bekannte Beispiele sind neben den Abfallgesellschaften die *Berliner Bank-Gesellschaft* und die *Berliner Wasserbetriebe*. So zahlt der Berliner Senat aus dem überschuldeten Haushalt, den er durch den Verkauf von 49 Prozent der *Berliner Wasserbetriebe* (BWB) sanieren wollte, laufend Millionenbeträge an die Investoren *RWE* und *Veolia*, um ihnen den heimlich vereinbarten Gewinn von zwei Prozent über der durchschnittlichen Kapitalverzinsung zu verschaffen (Lederer 2004).

«Die deutsche Wiedervereinigung, dieser Glücksfall der deutschen Geschichte, hat sich ökonomisch als Desaster erwiesen» (Müller in Lederer 2004, 9). Was bei der Privatisierung der DDR für die privatkapitalistische Seite ein Glücksfall ist, erweist sich für die Mehrheit der Beschäftigten und Transferempfänger als Unglücksfall. Dieses Muster wiederholt sich im vereinigten Deutschland. «Ordnungspolitisch war die Privatisierung der Post richtig, haushaltspolitisch entwickelt sie sich zum Super-GAU», so die Diagnose des CSU-Haushaltssprechers im Bundestag. Die Privatisierer sind überglücklich, während der Staat, die Lohnabhängigen und die Konsumenten durch Privatisierung mehr belastet werden denn je. Privatisieren geht vor Sanieren – auch im Westen. Der Privatisierungs-Kapitalismus erweist sich als Subventions-Kapitalismus. Entgegen der Ideologie wachsen Staat und Kapital enger zusammen denn je.

Rechnet man die verschiedensten finanziellen Folgen der Privatisierung zusammen, kommt man auf erhebliche Beträge. Zu Lohnkürzungen in privatisierten Unternehmen kommen niedrigere Leistungen der Sozialkassen. Dazu kommen Preis- und Gebührenerhöhungen, Zuzahlungen, zusätzliche private Versicherungen. Der Staat verliert Steuern, zahlt vielfältige Profitsubventionen, nimmt gleichzeitig verdeckte Kredite auf –

und «muss» in dieser Logik die Steuern (direkte und vor allem indirekte) für die Lohn- und Gehaltsempfänger erhöhen.

Die Privatunternehmen wollen das Eigentum an Bahnen, Stadtwerken, Straßen, Tunnels, Krankenhäusern, Rathäusern, Regierungsgebäuden, Trinkwasserleitungen und Kanalisationen. Nur bei vollem Eigentum können Maximalprofite «erwirtschaftet» bzw. erzwungen werden. Das heißt aber andersherum: Öffentliches, gemeinsames Eigentum ist nötig, um der Bevölkerung sichere Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Literatur:

Butterwegge, Christoph (2005): *Krise und Zukunft des Sozialstaats*. Wiesbaden

BvS (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Hg.) (1995): *Abschlussstatistik der Treuhandanstalt per 31.12.1994*. Berlin

Donnerstagskreis in der Berliner SPD (2005): «Öffentlich Private Partnerschaften - Verdienen an leeren Kassen» in: *Erkennen und Gestalten* Nr. 27, März. Berlin

Engartner, Tim (2005): «Zug nach nirgendwo» in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2005

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berzirksverband Frankfurt (Hg.) (2005)*: Frankfurter Lehrerzeitung*, März 2005

Kohlhaussen, Martin (2005): «Die Rolle der Banken» in: Breuel, Birgit/ Burda, Michael (Hg.): *Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994*. Berlin

Kreditanstalt für Wiederaufbau: «Is Germany's Rating under Threat?» in: *KfW-Research* 4/2002

Lederer, Klaus (2004): *Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe und die Anhebung der Wasserpreise*, hg. von der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnentenhaus, Februar 2004

Rügemer, Werner (1996): *Wirtschaften ohne Korruption?* Frankfurt/Main

– ([4]2003): Colonia Corrupta. Privatisierung, Globalisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels. Münster

– (Hg.) (2004): Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft. Bielefeld

– (2004a): «Vernichtungsinvestitionen» in: *Junge Welt*, 17.4.2004

– (2004b): «Maut und Mehr. Toll Collect oder der Ausverkauf der Politik» in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2004

– ([2]2005): *Cross Boarder Leasing*. Münster

– (2005a): «Je teurer, desto besser. Investor baut Kölner Messehallen» in: *Junge Welt*, 30.8.2005

– (2005b): «Gelsenkirchen: Am Ende bleibt nur der Abriss» in: *Junge Welt*, 19.9.2005

– (2005): «Gesamtdeutscher Ausverkauf. Von der Treuhand zu Public Private Partnership» in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 50. Jahrgang, Nr. 11/2005, S. 1315 ff.

– (2006): Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster

Sinn, Gerlinde/Sinn, Hans-Werner (1993): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. München

Windolf, Paul (1999): *Warum blüht der Osten nicht?* Berlin

18 Sachzwang

Falko Schmieder

In den aktuellen Diskussionen um die sogenannte «Globalisierung» kommt dem Begriff des Sachzwangs eine bedeutende Rolle zu. Er soll, zunächst ganz allgemein betrachtet, zum Ausdruck bringen, dass bestimmte Dinge («Sachen») oder Strukturen eine Eigendynamik entwickelt und sich gegenüber den Menschen, von denen sie geschaffen wurden, verselbständigt haben. Ein poetisches Bild für dieses Phänomen hat Johann Wolfgang Goethe in seinem Zauberlehrling geschaffen. Dieser stellt mit Schrecken fest, dass er die Geister, die er zu Hilfe gerufen hatte, um sich die Arbeit leichter zu machen, nun nicht mehr los wird; die von Geisterhänden bewegten Dinge treiben ihr Unwesen und der Zauberlehrling versucht vergebens, sie in seine Gewalt zurückzubringen.

Die speziellere Bedeutung des Begriffs Sachzwang erschließt sich erst, wenn der genauere Kontext, in dem der Begriff steht, und das Interesse seiner Verwendung untersucht werden. Es lassen sich im Hinblick auf die aktuellen Diskussionen idealtypisch drei Positionen voneinander unterscheiden: eine erste, welche die Sachzwänge als natürliche Phänomene einer modernen Gesellschaft begreift (1), eine zweite, die in den Sachzwängen eine potentielle Gefahr für die liberale Demokratie sieht (2) und eine dritte, die die Rede von den Sachzwängen als eine Ideologie begreift, die Herrschaftsinteressen verschleiern und alternative soziale Gestaltungsmöglichkeiten einschränken soll (3).

(1) Einer ersten, vor allem von konservativen Denkern verbreiteten Auffassung zufolge handelt es sich bei den Sachzwängen um Handlungserfordernisse, die sich aus einer modernen Gesellschaft notwendig ergeben. Damit die Gesellschaft reibungslos funktionieren kann, müsse sich das Handeln der Einzelnen den Funktionsabläufen und Organisationsmustern des hoch vermittelten Arbeitslebens integrieren. Entsprechend der Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft in verschiedene Teilsysteme werden technische, bürokratische, politische oder ökonomische Sachzwänge geltend gemacht, die befolgt werden müssten, um die Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft nicht zu gefährden. So wird etwa in Bezug auf die Wirtschaft geltend gemacht, dass die *marktförmige Organisation der Produktion* ein bestimmtes konkurrenzorientiertes Handeln erfordere.

Marktförmige Organisation bedeutet dabei, dass die Steuerung der Produktion und der Verteilung des Produzierten den anonymen Mechanismen von Angebot und Nachfrage überlassen bleibt. Da die Vertreter der Wirtschaft in diesem Organisationsprinzip den besten Garanten für die Sicherstellung ökonomischer und politischer Freiheit sehen, ist der Begriff des Sachzwangs bei ihnen im wesentlichen positiv besetzt: Er bezeichnet die Imperative, denen sich die Marktsubjekte fügen müssen, um im ökonomischen Wettbewerb bestehen zu können. In Bezug auf das Verhältnis von Wirtschaft und Politik ergibt sich daraus die Forderung an die politische Klasse, den Sachzwängen des Marktes Rechnung zu tragen und sich auf die Schaffung und Erhaltung der Rahmenbedingungen des Wettbewerbs zu beschränken.

(2) Das politische Handeln unter kapitalistischen Verhältnissen steht vor der Aufgabe, die Bedürfnisse der Wirtschaft mit den Bedürfnissen der Subjekte zu vermitteln. In welcher konkreten Form sich die Imperative der kapitalistischen Ökonomie jeweils durchsetzen, ist Sache eines demokratischen Aushandlungsprozesses, der als Interessenkampf verschiedener politischer Lager erscheint. Während die konservativen Parteien sich in hohem Maße die Auffassungen der Wirtschaft zu Eigen gemacht haben, ist die sozialdemokratische Politik traditionell eher darum bemüht gewesen, den Kapitalismus sozial verträglich zu gestalten, d.h. die negativen Folgen dieser Wirtschaftsordnung durch Sozialleistungen abzumildern. Die zweite Position, die deshalb am häufigsten von sozialdemokratischen und oppositionellen Politikern vertreten wird, fasst die Sachzwänge wesentlich unter dem Aspekt der *Gefährdung bzw. Bedrohung der Demokratie* und des sozialen Zusammenhangs auf. Es wird darauf verwiesen, dass nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes eine Phase der Neukonstituierung des Kapitalismus im Weltmaßstab begonnen hat. Die Folgen dieser – verkürzt als «Globalisierung» beschriebenen – Entwicklung werden auf internationaler Ebene als Krise des Nationalstaates und auf nationaler Ebene als Krise des Wohlfahrtsstaates beschrieben. Die politischen Akteure machen die Erfahrung, dass sich aufgrund des enormen Machtzuwachses der Großkonzerne und der neuen Qualität der Internationalisierung des Kapitals der

Handlungsspielraum für die Politik im Vergleich zur Zeit der bipolaren Weltordnung erheblich verkleinert hat. Das politische Handeln erscheint zunehmend von ökonomischen Sachzwängen diktiert, deren Dominanz so erheblich ist, dass die Rede von der «Krise der Politik» bzw. der «Gefährdung/Aushöhlung der Demokratie» notorisch wird. Ein signifikanter Ausdruck dieser Problemlage ist darin zu sehen, dass es zunehmend gleichgültiger wird, welche Partei jeweils die Regierung stellt, und dass Anspruch und Wirklichkeit politischen Handelns immer weiter auseinander fallen. Das politische Geschäft erscheint parteiübergreifend oft nur mehr als direkte Durchsetzung privatökonomischer Interessen, deren Auswirkungen die Menschen immer ungeschützter treffen.

(3) Die dritte Position, die in exemplarischer Weise von vielen Globalisierungskritikern vertreten wird, sieht die Rhetorik des Sachzwangs wesentlich als einen Versuch an, partikulare Herrschaftsverhältnisse zu legitimieren und politisch festzuschreiben. Es wird hier darauf aufmerksam gemacht, dass die Politik aufgrund wegweisender Strukturentscheidungen und Gesetzesvorgaben die Sachzwänge allererst geschaffen hat, die sie jetzt bemüht, um einen neoliberalen Wirtschaftskurs zu rechtfertigen bzw. ihr Handeln als alternativlos darzustellen. Während die Marktfundamentalisten von den politisch Verantwortlichen fordern, der Logik des Marktes zur Durchsetzung zu verhelfen, ist es den Globalisierungskritikern um eine Stärkung und Rückeroberung demokratischer Handlungsspielräume zu tun. Die Rede vom Sachzwang wird als eine Ideologie verstanden und mit der Forderung nach einer alternativen Politik beantwortet, die die Menschen vor den Risiken des Marktes schützen oder weitergehend die Wirtschaft in den Dienst des Menschen stellen soll.

Gegen die Auffassung vom Sachzwang als bloßer Legitimationsideologie des Neoliberalismus lässt sich einwenden, dass die Depotenzierung nationalstaatlicher Politik ein Phänomen ist, das sich weltweit beobachten lässt. Der Grund dafür liegt in der Entfesselung des Kapitalismus, der nach der Überwindung der Blockkonfrontation den ganzen Globus seiner Logik zu unterwerfen beginnt. Damit wächst der Marxschen Theorie eine neue Aktualität zu, denn erst jetzt vollzieht sich wirklich der von Marx antizipierte Prozess der Entwicklung des Kapitalismus zu einer weltumspannenden Totalität, die kein Außen mehr kennt.

Wie bedeutsam der Beitrag von Marx für das Verständnis der gegenwärtigen Entwicklungen ist, lässt sich in Bezug auf die oben dargestellten Positionen zur Problematik des Sachzwangs erkennen.

Im Gegensatz zu den neoliberalen Marktfundamentalisten, für die der Mechanismus des Marktes der Garant für die Ermittlung des Gemeinwohls und die beste Allokation der Produkte (Waren) bildet, sieht Marx die kapitalistische, über den anonymen Markt organisierte Produktionsweise als eine inferiore Form der Gesellschaftlichkeit an. Die fundamentalen ökonomischen Krisen, die wachsende Kluft zwischen arm und reich, schließlich die auch schon im *Kapital* antizipierte Zerstörung der natürlichen Voraussetzungen des gesellschaftlichen Reichtums (siehe den Beitrag «Ökologie») waren für Marx Anzeichen dafür, dass der Kapitalismus keine zukunftsfähige Gesellschaftsordnung ist. Im Gegensatz zu vielen Kritikern der sog. Globalisierung erscheint in der Perspektive der Marxschen Theorie die neoliberale Berufung auf die Sachzwänge der Marktlogik allerdings nicht als eine bloße Ideologie zur Verschleierung bestehender Herrschaftsverhältnisse. Für Marx gehorcht die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft tatsächlich naturwüchsigen Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich ein jeder zu richten hat, wenn er im Konkurrenzkampf nicht untergehen will. Aus diesem Grund behandelt Marx, wie er im Vorwort zum *Kapital* schreibt, «die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind» (MEW 23, 16). Marx vollzieht also eine methodische Abstraktion von den unmittelbaren Interessen und Bedürfnissen der Menschen, weil er «die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation [des Kapitalismus, F.S.] als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt» (MEW 23, 16), der nicht von den Interessen und Bedürfnissen der Einzelnen her erschlossen werden kann. Seine Kritik am Kapitalismus darf deshalb nicht als Kritik an den Eigentümern der Produktionsmittel missverstanden werden, denn auch diese sind der Logik der Kapitalakkumulation unterworfen:

> «Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend» (MEW 23, 286).

Wie aus diesen Bemerkungen hervorgeht, stellt sich das Problem der Herrschaft unter kapitalistischen Verhältnissen und damit

verbunden auch die Frage nach der Realität der «Sachzwänge» wesentlich komplexer dar, als es die personalisierende Kritik vieler Globalisierungskritiker wahr haben will. Zwar profitieren die Eigentümer an Produktionsmitteln von den bestehenden Verhältnissen und haben ein Interesse daran, diese Verhältnisse aufrechtzuerhalten, aber es ist mit Marx festzuhalten, dass auch sie selber der Herrschaft der ökonomischen Gesetze unterworfen sind. Freilich sind diese Gesetze nicht im strengen Sinne als Naturgesetze aufzufassen. Anders nämlich als Naturgesetze können die ökonomischen Gesetze aufgehoben oder abgeschafft werden. Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, dass diese Gesetze nicht immer geherrscht haben, sie müssen also auch nicht ewig fortbestehen. In der Marxschen Sicht ist deshalb auch der Begriff des Sachzwangs als ein ideologischer Begriff anzusehen, weil er suggeriert, dass der Zwang von den Sachen, von den natürlichen Dingen als solchen ausgeht. Die Rede vom Sachzwang stellt sich in der Perspektive der Marxschen Theorie als Ausdruck des «Fetischcharakters der Ware» dar (siehe den Beitrag «Marken»). Dieser ist dadurch charakterisiert, dass den Menschen «die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften der Dinge» (MEW 23, 86) erscheinen.

Für Marx ist es eine Spezifik der kapitalistischen Gesellschaft, dass in dieser der Produktionsprozess über die Menschen herrscht, und nicht die Menschen über den Produktionsprozess. Der von Marx herausgearbeitete Herrschaftscharakter dieser abstrakten, eigendynamischen Verhältnisse aber ist von maßgeblicher Bedeutung für die Diskussion der Möglichkeiten einer politischen Steuerung des Kapitalismus (siehe den Beitrag «Herrschaft»). Wie der einzelne Kapitalist Marx zufolge zwar in der Regel ein Nutznießer der bestehenden Verhältnisse, aber dennoch gehalten ist, sich dem «Zwangsgesetz des Kapitals» zu fügen, so ist in der kapitalistischen Gesellschaft auch dem Handeln der Vertreter der politischen Klasse eine enge Grenze gesetzt. Ihre Rede von den Sachzwängen, denen ihr Handeln unterliegt, kann also nicht einfach als Ideologie abgetan werden. In ihr kommt der reale Sachverhalt zum Ausdruck, dass das ökonomische System des Kapitalismus mit einer langfristigen Planung der Entwicklung der Gesellschaft nach Maßgabe der konkreten Bedürfnisse der Menschen unvereinbar ist. Unter kapitalistischen Verhältnissen, heißt das, ist die Politik immer

nur zu punktuellen Eingriffen, nicht aber dazu in der Lage, die «Sachzwänge» zu brechen und die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt der Kontrolle des Menschen zu unterstellen. Die wachsenden sozialen Antagonismen (siehe den Beitrag «Klassengesellschaft») lassen ebenso wie die immer schwerwiegenderen ökologischen Folgen des kapitalistischen Wirtschaftens Marxens Behauptung bedrückend aktuell erscheinen, dass die Emanzipation von den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion eine «question de vie et de mort» (MEW 42, 602) sei.

Für Marx besteht also kein Zweifel daran, dass der Kapitalismus die Vorgeschichte der Menschheit zum Abschluss bringt (Pohrt 1995, 169 f.), denn die Widersprüche, die mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise untrennbar verbunden sind, müssen sich in stets wachsendem Umfang vergrößern. Die Beendigung der «Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft» (MEW 13, 9) durch den Kapitalismus aber kann nach Marx folgendes heißen: entweder treibt die progressive Zerstörung der Natur und des Menschen als der «Urbildner» (MEW 23, 630) des Reichtums zu Verhältnissen hin, im Vergleich zu denen die vorbürgerlichen Zustände idyllisch erscheinen; oder aber der Kapitalismus macht einer höheren Gesellschaftsform Platz, in der die Produktion in den Dienst der Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten gestellt wird.

Wem es suspekt ist, diese Auskünfte von Marx zu erhalten, der kann sich – freilich zumeist um den Preis des Verlusts klarer gesellschaftstheoretischer Bestimmungen und des Rückfalls in Moralphilosophie – seit längerem auch bei bürgerlich-liberalen oder konservativen Autoren über die Ernsthaftigkeit der Problemlage informieren. So hat etwa Herbert Gruhl – in den 70er Jahren CDU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitsgruppe für Umweltvorsorge – die Funktionsweise des Kapitalismus in Termini der Psychopathologie beschrieben und die Überwindung der Sachzwänge der Profitwirtschaft als «Überlebensfrage» der Menschheit angesehen (Gruhl 1975, 345). Die Gesellschaften der Zukunft, die Gruhl ins Auge fasst, haben die ökonomischen «Sachzwänge» durch autoritäre staatliche Maßnahmen ersetzt.

Literatur:

Gruhl, Herbert (1975): *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*. Frankfurt/Main

Pohrt, Wolfgang (1976/²1995): *Theorie des Gebrauchswerts. Über die Vergänglichkeit der historischen Voraussetzungen, unter denen allein das Kapital Gebrauchswert setzt*. Berlin